

Beschluss der Hauptversammlung vom 17.04.2015

**Kein Verdichtungsprogramm der WBM in Friedrichshain-West ohne
Transparenz und Beteiligung! Pläne der WBM müssen öffentlicher
Überprüfung unterzogen werden.**

DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg lehnt die bekannten Pläne der WBM zur Nachverdichtungsbebauung ab und fordert von der WBM und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg eine transparente Debatte über die Folgen der WBM-Bauvorhaben in Friedrichshain-West für die Stadtverträglichkeit und eine umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld. Dabei müssen die Planungen für jedes einzelne Objekt überprüft werden und gleichzeitig die Planungen insgesamt einer städtebaulichen Betrachtung und öffentlichen Debatte unterzogen werden. Die Anpassung der sozialen Infrastruktur an die wachsende Einwohnerzahl und die Auswirkungen auf die Wohnqualität für die Anwohner*innen müssen bei der Überprüfung der Bauabsichten der WBM im Fokus stehen.

Folgende Kriterien sollten für die Bewertung und Veränderung der Planungen von entscheidender Bedeutung sein:

- Neubau darf nicht zu einer Verteuerung des bestehenden Wohnraums führen
- Schaffung von Wohnraum für Familien
- Anpassung der sozialen Infrastruktur (Schule, Kita, soziale Einrichtungen etc.)
- Auswirkungen auf die Wohnqualität der Anwohner*innen (Abstände, Schatten etc.)
- Wohnungen für besondere Bedarfe (alters-, bzw. behindertengerechte Wohnungen)
- Anteil der Wohnungen, die den Richtlinien der KDU entsprechen
- Anteil der Wohnungen für Mieter*innen mit WBS
- Anteil von bezahlbaren Räumlichkeiten für politische, soziale und kulturelle Träger
- Ausgleich für verlorene Grün- und Erholungsflächen
- Ausgleich für überbaute Spielplätze
- Ausgleich für überbaute Parkplätze

Die städtebauliche Verdichtung der innerstädtischen Bezirke Berlins ist spätestens seit dem erfolgreichen Volksentscheid *100 % Tempelhofer Feld*, der sich gegen die Nachnutzungspläne des Senats auf dem ehemaligen Flughafengelände richtete, im vollen Gange.

In Friedrichshain-West plant die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) ein umfangreiches Neubauprogramm. Bis zu 1500 neue Wohnungen sollen in Friedrichshain neu entstehen. 450 Wohnungen sollen relativ schnell realisiert werden. Sie sollen vor allem dort gebaut werden, wo die WBM bereits Eigentümer der Flächen ist.

Dies betrifft hauptsächlich die Quartiere südlich und nördlich der Karl-Marx-Allee zwischen Strausberger Platz und Straße der Pariser Kommune. Dort sollen auf Parkplätzen oder anderen Freiflächen zehngeschossige Häuser entstehen. Jedes mit ca. 50 Wohnungen. Dadurch wird es einen Bevölkerungszuwachs um einige Tausend Einwohner*innen in Friedrichshain geben.

Wir sind nicht der Auffassung des Senats, dass Berlin Wohnungsbau um jeden Preis braucht. Zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums trägt er in der Regel nichts bei. Nicht selten führt er zu einer weiteren Aufwertung der Quartiere. Auch der behauptete indirekte Beitrag durch einen Sickerereffekt ist nicht festzustellen. Allerdings hält auch Die LINKE die Erhöhung der Anzahl der Wohnungen in öffentlichem Eigentum durch Ankauf und auch durch Neubau für notwendig, weil dies die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik auf den Wohnungsmarkt erhöht.

Die Wohnungssituation in Friedrichshain ist aufgrund der großen Nachfrage und der rasant steigenden Mieten zweifellos sehr angespannt. Daher muss auch städtebauliche Verdichtung durch Neubau in Betracht gezogen werden. Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Stadtverträglichkeit. Der Bevölkerungszuwachs führt zu einem erhöhten Bedarf an sozialer Infrastruktur, wie bspw. Kita- & Schulplätze oder Einrichtungen wie Stadtteil- und Seniorenzentren. Auch der Anteil der Wohnungen, deren Mieten den Richtlinien der KDU entsprechen, bzw. für Mieter*innen mit WBS, ist wichtig, da für diese Klientel immer weniger Wohnraum im Bezirk zur Verfügung steht.

Darüber hinaus müssen auch die Auswirkungen auf die Wohnqualität der Anwohner*innen berücksichtigt werden, da Verdichtung häufig zu Einschränkungen, wie bspw. geringere Abstände zwischen den Häusern oder starke Verschattung führt. Ferner muss es einen Ausgleich für überbaute Grünflächen, Spiel- und Parkplätze geben, wenn man Akzeptanz und Zustimmung für derartige städtebaulichen Verdichtungs- bzw. Bauvorhaben bei den Anwohner*innen und Bürger*innen fördern will.

Transparenz und öffentliche Debatte sind der Schlüssel dafür, dass die Interessen der Anwohner*innen, wie auch die Interessen des Gemeinwesens im Bezirk auf die Planungen Einfluss nehmen können. DIE LINKE setzt sich für Transparenz, Dialog und eine einvernehmliche Lösung mit der WBM ein und fordert diese zu einem entsprechenden Aushandlungsprozess mit den Anwohner*innen sowie mit der BVV auf, auch wenn eine solche Bürgerbeteiligung nach § 34 BauGB nicht vorgesehen ist.